

# Was läuft falsch in der Europäischen Union?



ROBERT NEF\* • November 2008

**D**as Problem der EU ist nicht auf ein mangelndes Verständnis für Demokratie zurückzuführen, sondern liegt viel tiefer, nämlich in der Definition der EU als ein „politisch-wirtschaftlich-kultureller Zusammenschluss sui generis“. Die EU ist tatsächlich eigen-artig. Sie ist nach ihrem Selbstverständnis, bzw. Selbstmissverständnis weder ein komplex vernetztes System von Staatsverträgen souveräner Staaten, noch ein Staatenbund (confederation), noch ein Bundesstaat (federation), noch eine zentral verwaltete technokratische Infrastruktur-Bürokratie, sondern von allem ein wenig.

Das Dokument, das dies plastisch zum Ausdruck bringt, ist der – den Iren sei Dank – noch nicht in Kraft stehende Verfassungsvertrag von Lissabon. Angesichts dieses Wirrwarrs „sui generis“ (der vielen eigentlich ziemlich gelegen kommt), ist die Gefahr gross, dass man ausgerechnet die Nachteile der jeweiligen Modelle kombiniert.

Tatsächlich ist die EU wahrscheinlich ein bürokratisch-korporatistisches Imperium, ein politisches Kartell, in dem die wirtschaftlich Einflussreichen die kleinen bzw. wirtschaftlich Schwächeren mit Transferzahlungen bei guter Laune halten und dafür finanzielle und politische Tribute einziehen und gleichzeitig den Wettbewerb der Systeme nach Möglichkeit ausschalten.

Je unklarer und unprofiliertes die Grundlagen sind, desto besser für die sich selbst beauftragenden und ermächtigenden Bürokraten. Die Enttäuschung über die fehlende Verfassungsgrundlage ist eher ein Problem der Politiker als der EU-Verwaltung. Verwalten kann man auch ohne Verfassungsgrundlage, und die Eurokraten in Brüssel leben im Zustand unklar definierter Zuständigkeiten recht gut. Bürokraten sind Meister im Durchwursteln. Da kann man unnötige Zwänge immer wieder als notwendige Sachzwänge darstellen.

Für jede der erwähnten völker- und staatsrechtlichen Optionen (Allianz, Staatenbund, Bundesstaat, Zentralstaat) bräuchte es ein anderes Verfahren der kollektiven Meinungsbildung, das man dann systembezogen als „demokratisch“ oder „nicht-demokratisch“ bezeichnen könnte, je nachdem welcher „demos“ als willensbildendes „Volk“ nach welchen Prinzipien tatsächlich über die jeweiligen Minderheiten herrscht.

---

\* Der Autor ist Präsident des Stiftungsrates des Liberalen Instituts.

Wer sich in der Geschichte (als dem einzigen Laboratorium für gesellschaftliche Organisation) etwas umschaute, wird feststellen, dass vertragliche Staatsallianzen stets labil waren und meist nicht wegen äusserer Bedrohung, sondern an inneren Machtkämpfen gescheitert sind. Je komplexer die Instrumente der inneren Friedenssicherung waren, desto mehr Streitpunkte gab es, die ihrerseits den Frieden wieder gefährdeten. Macht bewirkt einen Zustand in dem man nicht mehr in Frage gestellt wird und nicht mehr lernen muss. Auch Imperien scheitern eher an sich selbst als an ihren Gegnern, d.h. an der Verdummung und Verfettung ihrer Eliten und an der Tatsache, dass die tributpflichtigen, kolonisierten Unterworfenen schliesslich mehr kosten als sie einbringen. So ist wohl auch das Sowjetimperium bankrott gegangen: Zu wenig Wettbewerb führt zur Verkümmern der sozialen Lernfähigkeit und zum Verpassen überlebenswichtiger Entdeckungen.

Der Schritt von der Allianz gleichberechtigter aber ungleicher souveräner Staaten zum Staatenbund ist ein oft sehr lange dauernder schmerzlicher gegenseitiger Lernprozess, bei dem die Mächtigen die weniger Mächtigen davon überzeugen müssen, dass es vorteilhafter ist, zu kuschen und die hohle Hand zu machen, als sich autonom in einem mehr oder weniger friedlichen Wettbewerb um die bestmögliche Ordnung zu profilieren. Der weitere Schritt, vom Staatenbund zum Bundesstaat, ist derart konfliktgeladen, dass er sowohl in der Schweiz als auch in den USA nur um den Preis eines Bürgerkrieges erkaufte werden konnte.

Der real existierende Bundesstaat ist häufig der Friedensschluss bzw. das Friedensdiktat der siegenden mächtigeren Zentralisten mit einigen Konzessionen an die besiegten Non-Zentralisten. In jedem Bundesstaat steckt daher der zentralistische Wurm.

Der Weg vom Bundesstaat zum bürokratisch zentralisierten Staat braucht dagegen kein Blutvergiessen. Er ist dank dem Mechanismus der Umverteilung über das Prinzip „one person one vote“ mit demokratischen Mitteln erreichbar, ja, er ist die zwingende Folge eines progressiv steuernden wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungssystems in Kombination mit Pro-Kopf-Demokratie. Beispiele? USA, Schweiz, Deutschland, Österreich und Kanada, alles politische Systeme auf der schiefen Ebene hin zum bürokratischen Zentralstaat. Wer also den Weg der EU in den bürokratischen Zentralstaat verhindern will, muss schon der Idee eines demokratischen Bundesstaates mit Skepsis begegnen und die Zukunft der EU bei einem Mischgebilde von Freihandelszone, Allianz und Staatenbund ansiedeln.

Die Europäische Union ist von ihrer Entstehungsgeschichte und von ihren Strukturen her ein Versuch, die Krisen des national strukturierten, sozialdemokratischen Industriezeitalters auf supranationaler bzw. kontinentaler Ebene zu überwinden. Eigentlich werden aber die durch eine allgemeinverbindliche nationale Gesetzgebung nicht mehr lösbaren Probleme, z.B. in der Währungspolitik und in der tickenden Zeitbombe der kollektiven Altersvorsorge, einfach auf die europäische Ebene gehoben. Es geht um einen Versuch, das im Zeitalter der Globalisierung fragwürdig gewordene „ancien régime“ des auf National-Ökonomien basierenden Industriezeitalters künstlich noch eine Weile am Leben zu erhalten.

Die Anhänger des industrie-basierten nationalen Wohlfahrtsstaats mit seinen bevormundenden hierarchischen Bürokratien in Politik, Fabrik und Staatskirche, glauben als Ewiggestrige im Grunde immer noch an ein etatistisches wohlfahrtsstaatliches ancien régime. Die wahre Avantgarde eines friedlichen, weltoffenen Kontinents Europa sind jene, die auf vielfältige, flexible, global vernetzte, privatautonom bestimmte Verträge und Vereinigungen bauen. Einmal mehr sind die Mahner und Bremser die Wegbereiter besserer Lösungen.

Wir sollten heute dem umverteilenden aber nicht nachhaltig zahlungsfähigen Wohlfahrtsstaat nicht nachtrauern, sondern aufzeigen, zu welchen Horizonten Politik, Wirtschaft und Kultur aufbrechen bzw. aufbrechen sollten.

Die Prioritätenordnung in einer Zivilgesellschaft muss umgekehrt lauten: Kultur (im weitesten Sinn), Wirtschaft (im weiten Sinn) und Politik (im engsten Sinn), in einer Kaskade der Subsidiarität, oder, wenn man so will, des jeweiligen Primats.

Das von breiten Kreisen postulierte „Primat der Politik“ ist nichts anderes als der dogmatisierte Irrtum des 19. und 20. Jahrhunderts, der vom etatistischen (bzw. etatistisch gewordenen) Flügel der 68er noch einmal aufs Schild gehoben worden ist. Dass man die politische Zwangsmacht durch das Mehrheitsprinzip dauerhaft und wirksam zähmen und relativieren kann, ist einer der verhängnisvollen Irrtümer der ausklingenden Epoche. Aus dieser Sicht ist eine abgrundtiefe Skepsis gegenüber den Etatisten und den Sozialisten in allen Parteien nicht einfach eine persönliche Marotte von dogmatisch fixierten Liberalen, sondern das Markenzeichen eines umfassenden Paradigmenwechsels, für den einige Liberale den besseren Riecher haben mögen als eine Mehrheit der staatsfinanzierten Sozialwissenschaftler, die – bezeichnenderweise – auch vom 1989er Umbruch völlig überrascht wurden und die damalige Umstellung intellektuell immer noch nicht ganz nachvollzogen haben. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Also: Auf ins Zeitalter globaler, frei konkurrierender und kooperierender Zivilgesellschaften mit kleinen und schlanken und kostengünstigen politischen Strukturen. Abschied von den unbezahlbaren Imperien, weg vom korporatistischen nationalen Bevormundungs-, Umverteilungs-, Service-public- und Machtstaat!

Auf weite Sicht ist schrittweise auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene Folgendes ins Auge zu fassen:

Die gesamte Infrastruktur, auch für Gesundheit und Bildung, kann von den Benützern finanziert werden und soll darum schrittweise in den Markt entlassen werden. Die Giesskanne des Sozialstaats ist durch gezielte Subjekthilfe zu ersetzen. Alles andere scheitert an den nicht entwirrbaren öffentlichen Geldströmen, die nicht mehr den ursprünglichen Motiven entsprechen und weder zweckmässig, noch gerecht, noch nachhaltig finanzierbar sind. Mehr Empirie wagen! Non-zentral experimentieren, Erfolgreiches kopieren und Erfolgloses meiden, „abgucken erlaubt und erwünscht“: Das ist die politische Strategie der Zukunft, und das ist die anzustrebende intellektuelle Argumentationsebene künftiger Auseinandersetzungen.

Die EU ist ein veraltetes Projekt, das im strukturkonservativen Denken des Merkantilismus, der korporatistisch gezähmten bzw. gefesselten Marktwirtschaft, des Kalten Krieges und des entmündigenden Daseinsvorsorgestaates verhaftet geblieben ist und das darum für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts schlecht geeignet ist. Jeder Abschied fällt schwer, auch der Abschied vom Mythos, der Fortschritt bewege sich in Richtung einer Perfektionierung der staatlich garantierten kollektiven Daseinsvorsorge nach den Vorgaben eines sozialwissenschaftlich erhärteten Expertenwissens in zentralen supranationalen Strukturen.



LIBERALES INSTITUT

## Impressum

Liberales Institut  
Seefeldstrasse 24  
8008 Zürich, Schweiz  
Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
Fax: +41 (0)44 364 16 69  
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter [www.libinst.ch](http://www.libinst.ch). Eine Version dieses Papers wurde an der Beiratssitzung des Unternehmerinstituts am 19. November 2008 in Berlin vorgetragen.

## Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
Copyright 2008, Liberales Institut.